

Modul 1

Die Klimaschutzpolitik der EU

Dieses Unterrichtsmodul gibt einen Einblick in die europäische Klimaschutzpolitik. Es ist als modularisierte Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe II konzipiert, die je nach zur Verfügung stehender Zeit angepasst werden kann. Die Texte sind mit Links für weiterführende Informationen versehen.

Das Modul besteht aus:

- ✓ Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, die je nach Schultyp, Klassenstufe und Vorwissen auch als Unterrichtsmaterial eingesetzt werden können
- ✓ einem Arbeitstext für Schüler*innen
- ✓ Arbeitsaufträgen
- ✓ weiterführender Literatur

Ziele der Unterrichtseinheit:

- Wissen über den globalen Klimawandel und die Klimaschutzpolitik der EU vermitteln
- Reflexions- und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen zum Thema stärken
- Fachliche Kompetenzen entwickeln

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte

Noch nie waren die Folgen des Klimawandels so sichtbar wie heutzutage: 2015 gilt als das global wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Australien brennt, die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt und Ernteaufträge sind realer als je zuvor, um nur einige der fatalen Folgen des Klimawandels zu benennen.

Die Prognose führender Klimaexperten ist eindeutig: Wenn die Treibhausgasemissionen nicht drastisch gesenkt werden, könnte die globale Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 auf 4,0 Grad Celsius ansteigen. (weitere Informationen: Umweltbundesamt). Seit Greta Thunberg im Sommer 2018 fürs Klima die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, ist **Fridays for Future** zu einer globalen Bewegung geworden, die mit Schulstreiks die politisch Verantwortlichen zum Handeln auffordert. Die Schüler*innen verlangen die Einhaltung des Pariser UN-Klimaabkommens.

Bei der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 einigten sich 197 Staaten auf ein neues, globales Klimaschutzabkommen, das am 4. November 2016 in Kraft trat. Es bildet ein anspruchsvolles Klimaregime mit universeller Geltung und völkerrechtlichen Pflichten für alle Staaten.

Die Europäische Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie ihren europäischen **Grünen Deal** vorgestellt, ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket für einen nachhaltigen ökologischen Wandel, der auch den Menschen und der Wirtschaft in Europa zugutekommen soll.

Europawahl 2019 – Die Europawahl als Klimawahl



© Jörg Farys / Fridays for Future, flickr.com

Bereits vor dem Wahltag war abzusehen, dass der Klimaschutz bei der Europawahl eine herausragende Rolle spielen würde. **Die Fridays for Future** -Demonstrationen breiteten sich in ganz Europa aus, viele Aktivist*innen solidarisierten sich mit den Schüler*innen. In Deutschland sorgte der Youtuber Rezo kurz vor der Wahl zusätzlich für Aufruhr: In seinem Video „[Die Zerstörung der CDU](#)“ kritisierte er die Klimapolitik der Unionsparteien und der SPD.

Am Wahlabend wurde bereits in den ersten Hochrechnungen klar, dass Grüne Parteien vor allem in westlichen und nördlichen Mitgliedsstaaten der EU an Stimmen gewonnen hatten. In Deutschland sind Bündnis 90/Die Grünen mit 20,5 % als zweitstärkste Partei aus der Europawahl hervorgegangen ([Wahlergebnisse Deutschland](#)).

Die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung war nicht zuletzt auf gesamteuropäische Themen wie den Klimawandel zurückzuführen. Aber auch der Streit um die Verteilung von Geflüchteten trug zur Mobilisierung der Wähler*innen bei – weshalb neben den Grünen auch rechts gerichtete Parteien zu den Wahlsiegern gehörten. So gewannen die Partei der Nationalistin Marine Le Pen in Frankreich, das rechte Lager um Salvini in Italien und die nationalkonservative PiS Partei in Polen an Stimmen. ([Sitzberechnung Europaparlament](#))

Das Pariser Abkommen

Bei der Pariser Klimaschutzkonferenz (auch COP21 genannt) wurde am 15. Dezember 2015 das so genannte Pariser Abkommen beschlossen. Seit dem 4. November 2016 ist der internationale Vertrag in Kraft. Damit existiert seit dem [Kyoto-Protokoll](#) endlich wieder ein allgemeines, rechtsverbindliches weltweites Klimaschutzabkommen, das zudem erstmals die vordem starre Zweiteilung in Industrieländer einerseits und Schwellen- und Entwicklungsländer andererseits aufbricht. Entwicklungsländer werden bei der Minderung von Treibhausgasen und der Anpassung an den Klimawandel von den Industrieländern durch Technologieentwicklung und -transfer, durch Kapazitätsaufbau sowie durch finanzielle Hilfe unterstützt. Zur Erreichung der Ziele legen die Staaten ihre nationalen Klimaschutzbeiträge selbst fest. Um die Erfüllung der Ziele sicherzustellen, findet alle fünf Jahre, beginnend 2018, eine globale Bestandsaufnahme statt. Die nationalen Klimaschutzbeiträge müssen ab 2025 alle fünf Jahre fortgeschrieben und gesteigert werden.

DIE ECKPUNKTE DES PARISER KLIMASCHUTZABKOMMENS SIND

- die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau
- die Absenkung der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen
- die Stärkung der Fähigkeiten zur Anpassung an den Klimawandel
- die Steuerung der Finanzmittelflüsse im Einklang mit den Klimazielen

Unter Präsident Trump, der dem Klimawandel skeptisch gegenüber steht, hat die Regierung der USA den Ausstieg aus dem Klimaabkommen angekündigt und den Austrittsprozess in die Wege geleitet. Ein solcher Ausstieg der USA ist allerdings frühestens zum 04. November 2020 möglich (weiterführend hier: [Die Zeit](#), [Bayerischer Rundfunk](#)).

Trotzdem ist das Pariser Abkommen bislang nur ein weiteres in einer Reihe von Klimaschutzabkommen, die bisher kaum zu messbaren Erfolgen geführt haben. Mit dem europäischen Green Deal will die neue Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen Europa klimaneutral machen.

Der Green Deal der EU

Der Europäische Grüne Deal ist ein Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission für einen nachhaltigen ökologischen Wandel. Ziel sei es, so die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, „**die Wirtschaft mit unserem Planeten in Einklang zu bringen**“ und Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

Hier die zehn wichtigsten Punkte des Green Deal:

- 01 **EIN KLIMANEUTRALES EUROPA:** Als übergeordnetes Ziel will die EU bis 2050 Netto-Null-Treibhausgasemissionen erreichen. Hierfür soll im März 2020 ein „Klimagesetz“ vorgelegt werden.
- 02 **KREISLAUFWIRTSCHAFT:** Ein Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft soll eine nachhaltige Produktionspolitik sicherstellen – weniger Material soll verbraucht, dafür sollen mehr Produkte wiederverwendet und recycelt werden. Ein weiteres Ziel ist die Vorbereitung auf eine „saubere Stahlerzeugung“ mit Wasserstoff bis 2030.
- 03 **GEBÄUDE UND RENOVIERUNG:** Die Sanierungsrate von Gebäuden soll mindestens verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden. Die aktuelle europaweite Renovierungsrate liegt bei nur einem Prozent. ([„Flaggschiff“ Renovierungsprogramm](#))
- 04 **KEINE UMWELTVERSCHMUTZUNG:** Bis 2050 soll eine „schadstofffreie Umwelt“ erreicht werden.
- 05 **ÖKOSYSTEME & BIODIVERSITÄT:** Die EU will Maßnahmen gegen die Ursachen des Verlusts der biologischen Vielfalt ergreifen, wie zum Beispiel eine neue Forststrategie für mehr Bäume in Europa. Außerdem sollen neue Kennzeichnungsvorschriften ergehen, um Produkte zu fördern, bei deren Herstellung keine Abholzung oder Rodung erfolgt ist.
- 06 **„VOM HOF AUF DEN TISCH“:** Im Frühjahr 2020 soll eine neue Landwirtschaftsstrategie für ein „grünes und gesünderes“ Agrarsystem vorgestellt werden. Diese soll unter anderem erreichen, dass der Einsatz von chemischen Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika deutlich reduziert wird.
- 07 **MOBILITÄT UND VERKEHR:** Das aktuelle Ziel der EU ist es, sich bis 2021 auf neue Grenzwerte für den Ausstoß von CO₂ zu einigen, die bei 95 Gramm pro Kilometer liegen – bis zu den 2030er Jahren müsse man dann an einem Null-Gramm-Ziel arbeiten.
- 08 **FINANZEN:** Um eine gerechte Energiewende vollziehen zu können, sollen Regionen unterstützt werden, die aktuell am meisten von fossilen Brennstoffen und der Kohleförderung abhängig sind. Um diese Regionen und Sektoren zu unterstützen, sollen 100 Milliarden Euro mobilisiert werden.
- 09 **WISSENSCHAFT UND INNOVATION:** Das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon Europe soll in den nächsten sieben Jahren mit 100 Milliarden Euro unterstützt werden und somit massiv zum Green Deal der EU beitragen. Außerdem sollen 35 Prozent der EU-Forschungsgelder für klimafreundliche Technologien bereitgestellt werden.
- 10 **AUSSENBEZIEHUNGEN:** Auch die EU-Diplomatie soll den Green Deal unterstützen und man erwarte, „dass auch der Rest der Welt seine Aufgaben erfüllt.“ Der Vorschlag einer CO₂-Grenzsteuer könnte hier künftig zu Kontroversen führen – vor allem mit Hinsicht auf wirtschaftlichen Wettbewerb. (FAZ: [„WTO-Chef warnt vor CO₂-Grenzsteuer“](#))

(Hierzu vergleichend und weiterführend: [EURACTIV](#), [Europa.eu](#))

EU-Emissionshandel und CO₂-Steuer

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch gesenkt werden. Das geht am besten über die Bepreisung von CO₂. Ein zentrales Element in der EU-Klimaschutzstrategie ist deshalb der **Emissionshandel**. Dabei handelt es sich um den weltweit ersten und bislang größten Kohlenstoffmarkt, der zur kostenwirksamen Verringerung der **Treibhausgasemissionen der Industrie** führen soll. Das Ganze funktioniert folgendermaßen: Das Gesamtvolumen der Emissionen bestimmter Treibhausgase wird durch eine **Obergrenze** („Cap“) beschränkt. Die Obergrenze wird im Laufe der Zeit verringert, so dass die Gesamtemissionen zurückgehen. Im Rahmen dieser Obergrenzen **erhalten** oder **erwerben** Unternehmen Emissionszertifikate, mit denen sie nach Bedarf handeln können. Jedes Unternehmen ist verpflichtet, am Jahresende genügend Zertifikate für seine gesamten Emissionen vorzulegen. Andernfalls drohen hohe Strafgebühren.



Foto von [Chris LeBoutillier](#) von [Pexels](#)

Hat ein Unternehmen seine Emissionen reduziert, so kann es die überzähligen Zertifikate für künftige Zwecke entweder behalten oder an ein anderes Unternehmen verkaufen, das Zertifikate benötigt. Derzeit ist der Emissionshandel jedoch nur für Unternehmen verpflichtend, die CO₂ emittieren. Die Sektoren Verkehr und Gebäude werden bislang nicht erfasst. Eine alternative Maßnahme stellt eine CO₂-Steuer dar, die einen einheitlichen Steuersatz pro ausgestoßener Tonne CO₂ vorgibt.

Flugscham

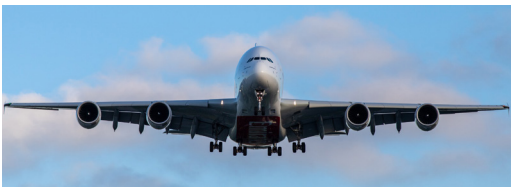


Foto von [Jeremy Bishop](#) von [Unsplash](#)

Flugscham beschreibt die Scham oder das schlechte Gewissen, das Flugreisende aufgrund des hohen CO₂-Ausstoßes von Flugzeugen haben. In diesem Zusammenhang wird auch oft vom CO₂-Fußabdruck des Einzelnen gesprochen. Je mehr geflogen wird, desto größer der Fußabdruck und die individuelle Verantwortung in der Klimakrise.

Die einen fordern eine Flug- oder Kerosinsteuer, für die anderen greifen solche Maßnahmen die individuelle Entscheidungsfreiheit an. Fakt ist aber: Eine höhere Besteuerung fossiler Energieträger könnte zu einer Senkung der Emissionen von Treibhausgasen führen. Zuletzt forderten neun EU-Länder die neue Kommission dazu auf, die Luftfahrt stärker zu besteuern „z.B. in Form von Luftverkehrssteuern oder ähnlichen Politiken“ ([EURACTIV](#)).

Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung bereits ein Gesetz verabschiedet, das die Steuer auf Flugtickets um rund sechs bis 17 Euro erhöht ([Fliegen soll teurer werden](#)). Technisch wäre CO₂-neutrales Fliegen in Form von synthetischen Kraftstoffen schon heute möglich. Da der Preis von e-fuels um ein Vielfaches höher ist als der von fossilen Kraftstoffen, liegt das Problem derzeit in der Massenproduktion und einer fehlenden energiepolitischer Grundsatzentscheidung ([EURACTIV](#)).

Der Interessen- und Moralkonflikt wird am Beispiel der „Flugscham“ besonders deutlich: Ist es unter Aspekten der sozialen Gerechtigkeit vertretbar, dass Fliegen teurer wird? Welche (wirtschaftlichen) Interessen stehen hinter dem anhaltenden intensiven Flugverkehr? Oder sind wir im Kampf gegen den Klimawandel dazu verpflichtet, jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um Folgen zu verringern?

Interessenvertretung, politische Beratung und Lobbyismus in der europäischen Klimapolitik

- Wer macht (Klima-)Politik?
- Welche Rolle spielen Lobbyisten aus der Wirtschaft, Interessenvertreter der Zivilgesellschaft und Bewegungen wie **Fridays for Future**?

Betrachtet man einen Politikbereich innerhalb der Europäischen Union, so wird schnell klar, dass nicht nur die Organe und Politiker*innen der Europäischen Union eine wichtige Rolle spielen. Durch die historische Entwicklung der europäischen Integration ist die institutionelle Architektur der EU hochkomplex und Entscheidungsprozesse sind aufwändig. Die politischen Entscheidungsprozesse werden zunehmend von externer Expertise mitbestimmt, indem sich Politiker*innen auf externes Wissen stützen. Von permanenten Ausschüssen über wissenschaftliche Beratung bis hin zu Lobbyisten ist hier alles vertreten. Während die Grenze zwischen Politikberatung und **Lobbyismus** sehr fließend ist, stellt sich gleichzeitig die Frage nach deren Legitimität.

Häufig mangelt es an der nötigen Transparenz, um die Wirkungen von Lobbyismus in der EU sichtbar zu machen.



Dies hat sich die Nichtregierungsorganisation [LobbyControl](#) zur Aufgabe gemacht. Sie zeigt die Arbeit von Lobbyisten und deren Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit auf.



Die Nichtregierungsorganisation [Corporate Europe Observatory](#) arbeitet ebenfalls daran, den Zugang und Einfluss von Lobbygruppen auf die Politik der Europäischen Union offenzulegen. Sie fordert, unter anderem, den Ausschluss von Industrien der fossilen Brennstoffe aus dem europäischen Entscheidungsprozess.

Das Ziel der Initiative „[Fossil Free Politics](#)“ ist es, einen Mechanismus einzuführen, der Konzernlobbyisten der Gas, Öl und Kohleindustrie aus jeglichen politischen Prozessen auszuschließen, um so sicherzustellen, dass die Energie- und Klimapolitik rein im Sinne des Gemeinwohls handelt.

Arbeitstext für Schüler*innen



© Jörg Farys / Fridays for Future, flickr.com

Fast jede(r) hat schon von **Fridays for Future** gehört. Seit über einem Jahr gehen freitags viele junge Menschen weltweit nicht zur Schule, sondern auf die Straße, um zu protestieren. Die 17-jährige Greta Thunberg aus Schweden hat die Proteste ins Leben gerufen, indem sie im Sommer 2018 unter dem Motto „**Schulstreik für das Klima**“ jeden Freitag vor dem schwedischen Reichstag demonstrierte. Ihr einzelner Protest erzielte weltweite Aufmerksamkeit und weitere internationale Klimastreik-Bewegungen formierten sich. Sie alle fordern die Politik auf, die Klimakrise in den nächsten zehn Jahren zu bewältigen. [Hier](#) könnt Ihr die Forderungen der **Friday for Future** -Bewegungen an die Politik nachlesen.

Was bedeutet die Klimakrise?

Die Erfindung der Dampfmaschine löste Mitte des 18. Jahrhunderts die so genannte **Industrielle Revolution** aus: Durch den massenhaften Einsatz von Maschinen gestalteten sich Arbeits- und Produktionsprozesse mit einem mal deutlich effizienter. In vielen Regionen läutete dies das Ende landwirtschaftlich geprägter Gesellschaften ein. Ein Nachteil dieser Entwicklung ist, dass die Maschinen **fossiles Brennmaterial** benötigen. Dies hatte zur Folge, dass der Bedarf an fossilen Energieträgern, wie Kohle und später auch Gas und Öl, rasant anstieg. Je mehr Kohle, Öl und Gas verbrannt wurde, desto mehr Kohlenstoff wurde aus diesen Energieträgern in die Atmosphäre und die Ozeane verlagert.

Diese Treibhausgase gefährden das Klima und die Ozeane massiv. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut Wissenschaftler*innen bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Der größte Teil der Erwärmung des vergangenen Jahrhunderts fand dabei in den letzten 35 Jahren statt. Derzeit gibt es einen neuen, ungebrochenen Erwärmungstrend, dessen Tempo sich zunehmend erhöht. Die globale Klimaerwärmung lässt Gebirgsgletscher, das Meereis der Arktis und die nordpolare Schneedecke schmelzen, extreme Wetterereignisse nehmen zu und der Meeresspiegel steigt. In der Folge werden sich in vielen Regionen Dürren ausbreiten, während andere Regionen überschwemmt werden. Trinkwasser und Nahrungsmittel werden knapp werden, die Ozeane versauern, empfindliche Organismen wie Korallen sterben. [Hier](#) ein Video zur Klimaerwärmung.

Die Politik ist aufgefordert zu handeln, um die Erwärmung der Erde zu reduzieren oder zu stoppen. Vom Klimawandel betroffen sind besonders Menschen in ärmeren Regionen der Welt. Die westlichen Industrieländer, die in hohem Maße für den Treibhausgasausstoß in der Welt verantwortlich sind, werden im Verhältnis weniger betroffen sein. Gerade deswegen trägt die EU Verantwortung, die Menschen in [Entwicklungsländern](#) zu unterstützen.

Was macht die EU gegen den Klimawandel?



Foto von [Patrick Hendry](#) von [Unsplash](#)

Das Europaparlament hat 2019 den [Klimanotstand](#) ausgerufen. Es fordert die EU-Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle relevanten Gesetzes- und Haushaltsvorschläge vollständig mit dem Ziel übereinstimmen, die Erderwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die die 2019 neu berufene EU-Kommission leitet, hat den **European Green Deal** zu einem der wichtigsten Themen ihrer Amtszeit erklärt.

Bis 2050 soll die EU klimaneutral werden. Mit dem Just Transition Fund, den Kommissions-Vizepräsident und Klimakommissar Frans Timmermans im Januar 2020 vorgestellt hat, will die Europäische Kommission den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft mit 100 Milliarden Euro jährlich fördern.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben gezeigt, dass die Wähler*innen den Klimawandel als eines der wichtigsten Themen der EU sehen. Die Partei [Grüne/EFA](#) gewann mehr als 20 neue Sitze im EU-Parlament. Ihr Ziel ist ein nachhaltiger ökologischer Wandel, der den Menschen und der Wirtschaft in Europa zugutekommen soll.



Schon seit mehreren Jahren setzt sich die EU für die Bekämpfung der Klimakrise ein. 2015 unterschrieb sie gemeinsam mit weiteren Staaten das internationale [Pariser Abkommen](#), das 2016 in Kraft trat. Es legt als gemeinsames Ziel fest, dass bis 2030 mindestens 40% der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 reduziert werden sollen. Der globale Temperaturanstieg soll demnach höchstens 2°C betragen, jedoch möglichst auf 1,5°C begrenzt werden. Als Rückschlag wird gewertet, dass der amerikanische Präsident Donald Trump schon 2017 den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ankündigte und die US-Regierung ihren Rückzug im November 2019 offiziell bei den Vereinten Nationen einreichte. Der Klimawandel ist aber ein globales Problem, das keine Ländergrenzen kennt. Daher ist es notwendig, dass alle Länder der Welt zusammen an Lösungen arbeiten.

Was fordern zivilgesellschaftliche Klimaschützer*innen?

Viele Menschen haben Zweifel, dass die Klimaziele des Pariser Abkommens allein mit den Maßnahmen des Green New Deals erreicht werden können. Enorme Anstrengungen und Investitionen in konkrete Maßnahmen sind notwendig, um die Klimakatastrophe zu vermeiden. Dabei geht es auch um Klimagerechtigkeit. Politische Entscheidungen, die zu Lasten ärmerer Regionen und künftiger Generationen getroffen werden, sind für Bewegungen wie **Fridays for Future** inakzeptabel. Aber nicht nur der nachhaltige Umbau der Wirtschaft wird gefordert. Es gibt auch Stimmen, die eine weitgehende Transformation unserer Gesellschaft und die Abkehr vom grenzenlosen Wirtschaftswachstum und Konsum fordern.



© European Parliament
Greta Thunberg at the
Parliament, flickr.com

> Arbeitsaufträge



Ressourcen aktivieren

01 Welche Probleme des Klimawandels könnt ihr in eurer Umgebung beobachten?

- > Diskutiert die Frage in Kleingruppen!
- > Schreibt eure Ergebnisse in einem Beutebuch auf.
(Im Beutebuch dokumentieren die Lernenden vor, während und nach den Lernphasen wichtige Inhalte, Erkenntnisse und Anwendungsbeispiele.)

02 Was könnt ihr selbst im Alltag verändern, um den Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen?

- > Tauscht euch mit eurem Nachbarn aus und notiert eure Ideen in eurem Beutebuch.

Informationen verarbeiten

03 Welche EU Maßnahmen gibt es zur Bekämpfung der Klimakrise?

04 Was sind die Vor- und Nachteile dieser Maßnahmen aus der Sicht von:

- A Friday for Future Vertreter*innen
 - B Vertreter*innen der europäischen Industrie
 - C Konsument*innen
- > Rollenspiel / Oxford-Debatte

Transferaufgabe

05 Wer trägt die Verantwortung für die Probleme des Klimawandels und wer ist für die Lösung der Probleme zuständig?

- > Dokumentiert die Antworten in einem Journal!

Weiterführende Literatur

DIW BERLIN (13. MÄRZ 2013) – DIW.DE

Preisverfall im Emissionshandel bedroht Europas Klimapolitik:

- https://www.diw.de/de/diw_01.c.417342.de/diw_berlin_preisverfall_im_emissionshandel_bedroht_europas_klimapolitik.html

EURACTIV (29. OKTOBER 2019) – EURACTIV.DE

Greenpeace: Deutschland erreicht Klimaziele für 2020 frühestens 2025:

- <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/greenpeace-deutschland-erreicht-klimaziele-fuer-2020-fruehestens-2025/>

EURACTIV (14. MAI 2019) – EURACTIV.DE

Umweltschützer: Enorme CO₂ Einsparungen durch Kerosinsteuer möglich:

- <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/umweltschuetzer-enorme-co2-einsparungen-durch-kerosinsteuer-moeglich/>

KEMFERT, C., SCHMALZ, S. & WÄGNER, N. (2019) – DIW.DE

CO₂-Steuer oder Ausweitung des Emissionshandels: Wie sich die Klimaziele besser erreichen lassen:

- https://www.diw.de/de/diw_01.c.672969.de/publikationen/diw_aktuell/2019_0020/co2_steuer_oder_ausweitung_des_emissionshandels_wie_sich_die_klimaziele_besser_erreichen_lassen.html

OEI, P.-Y., KENDZIORSKI, M. WALK, P., KEMPFERT, C. & VON HIRSCHHAUSEN, C. (2019) – DIW.DE

Wann Deutschland sein Klimaziel für 2020 tatsächlich erreicht:

Forschungsprojekt im Auftrag von Greenpeace e.V.

- https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.694705.de

ÖKO-INSTITUT E.V. – OEKO.DE

Von EU Emissionshandel: Weniger Zertifikate für mehr Klimaschutz:

- <https://www.oeko.de/forschung-beratung/themen/energie-und-klimaschutz/eu-emissionshandel-weniger-zertifikate-fuer-mehr-klimaschutz>

SCHULZ, F. (4. NOVEMBER 2019) – EURACTIV.DE

Technisch ist CO₂ neutrales Fliegen schon jetzt kein Problem.

- <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/interview/technisch-ist-co2-neutrales-fliegen-schon-jetzt-kein-problem/>

SCHULZ, F. (25. SEPTEMBER 2019) – EURACTIV.DE

Weltklimarat erhört Voraussagen zum Meeresspiegelanstieg drastisch:

- <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/weltklimarat-erhoeht-voraussagen-zum-meeresspiegelanstieg-drastisch/>

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (11. DEZEMBER 2019) – SUEDEUTSCHE.DE

Green Deal der EU – Das steht drin.

- <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-green-deal-europaeische-union-1.4718822>

Links aus dem Text Schüler*innen und Lehrer*innen

AUS DEM TEXT FÜR SCHÜLER*INNEN

Wort	Art des Links	Link
Forderungen von Friday for Future	Website von Friday for Future	https://fridaysforfuture.de/forderungen/
Klimawandel	Video	https://www.youtube.com/watch?v=FoMzyF_B7Bg
Entwicklungsländer	Erklärung	https://www.hanisauland.de/lexikon/e/entwicklungslaender.html
Klimanotstand	Erklärung	https://www.zdf.de/kinder/logo/europaeisches-parlament-ruft-klimanotstand-aus-100.html
Die Grünen/EFA	Erklärung	https://www.greens-efa.eu/de/our-group/die-gruenen-efa/
Pariser Abkommen	Erklärung	https://www.kindersache.de/bereiche/wissen/politik/das-pariser-abkommen-zum-klimaschutz

AUS DEM TEXT FÜR DIE LEHRER*INNEN

Wort	Art des Links	Link
Umweltbundesamt	Erklärung	https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/zu-erwartende-klimaaenderungen-bis-2100
„Die Zerstörung der CDU“	Video	https://www.youtube.com/watch?v=4Y1LZQsyuSQ
Wahlergebnisse Deutschland	Übersicht	https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-05-26-EP-DE/index.shtml
Sitzberechnung Europaparlament	Übersicht	https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190523IPR52406/europawahl-2019-aktualisierte-sitzberechnung
Kyoto-Protokoll	Erklärung	https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-eu-klimapolitik/kyoto-protokoll#textpart-1
Die Zeit	Artikel	https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-11/vereinigte-nationen-pariser-klimaabkommen-usa-ausstieg
Bayerischer Rundfunk	Artikel	https://www.br.de/klimawandel/klimaabkommen-paris-protokoll-klimapolitik-klimawandel-102.html

Wort	Art des Links	Link
„Flaggschiff“	Artikel	https://www.br.de/klimawandel/klimaabkommen-paris-protokoll-klimapolitik-klimawandel-102.html
„WTO-Chef warnt vor CO ₂ -Grenzsteuer“	Artikel	https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wto-chef-warnt-von-der-leyen-vor-co2-grenzsteuer-16413182.html
EURACTIV I	Artikel	https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/die-wichtigsten-punkte-des-neuen-green-deal/
Europa.eu	Erklärung GD	https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de
Obergrenze	Erklärung	https://ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap_en
Erhalten	Erklärung	https://ec.europa.eu/clima/policies/ets/allowances_en
Erwerben	Erklärung	https://ec.europa.eu/clima/policies/ets/auctioning_en
EURACTIV II	Artikel	https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/neun-eu-laender-fordern-neue-kommission-auf-die-luftfahrt-staerker-zu-besteuern/
Fliegen soll teurer werden	Erklärung	https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/luftverkehrsteuer-1681874
EURACTIV II	Artikel	https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/interview/technisch-ist-co2-neutrales-fliegen-schon-jetzt-kein-problem/
LobbyControl	Erklärung	https://www.lobbycontrol.de/initiative/
Corporate Europe Observatory	Erklärung	https://corporateeurope.org/en
„Fossil Free Politics“	Artikel	https://corporateeurope.org/en/2019/10/we-demand-fossilfreepolitics



Europäische Akademie Berlin



Auswärtiges Amt

Mit freundlicher Unterstützung
des Auswärtigen Amtes